



Tagungsbericht

„Der Euro – Europas Schicksalsfrage?“

*Ein Expertengespräch
der Stiftung Marktwirtschaft
am 8. März 2013 auf Gut Kaden*

Bild Titelseite: Prof. Dr. Stefan Homburg, Josef Joffe Ph.D., Prof. Dr. Otmar Issing, Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann, Dr. Thilo Sarrazin, Prof. Dr. Joachim Starbatty und Gastgeber Dr. Lutz Peters (v.li.).

Bild unten: Dr. Carsten Linnemann MdB, Prof. Dr. Michael Eilfort und Roland Tichy (v.li.).

Bild rechts: Adolf Hilmer und Wilfried Boysen (v.li.).

Referenten



Prof. Dr. Stefan Homburg

*Direktor des Instituts für öffentliche Finanzen,
Universität Hannover*

Prof. Dr. Otmar Issing

Ehemaliger Chefvolkswirt und Mitglied des Direktoriums der EZB

Josef Joffe Ph.D.

Herausgeber der Wochenzeitung Die Zeit

Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann

*Universität Bonn, Institut für Internationale Wirtschaftspolitik,
ehemaliges Mitglied im Kronberger Kreis*

Prof. Dr. Thorsten Polleit

*Chef-Ökonom der Degussa Goldhandel GmbH,
Frankfurt School of Finance & Management*

Dr. Thilo Sarrazin

Ehemaliger Berliner Finanzsenator und Bundesbank-Vorstand

Prof. Dr. Joachim Starbatty

*Universität Tübingen, Vorsitzender des Vorstands der
Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V.*

Holger Steltzner

Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Roland Tichy

Chefredakteur der Wirtschaftswoche



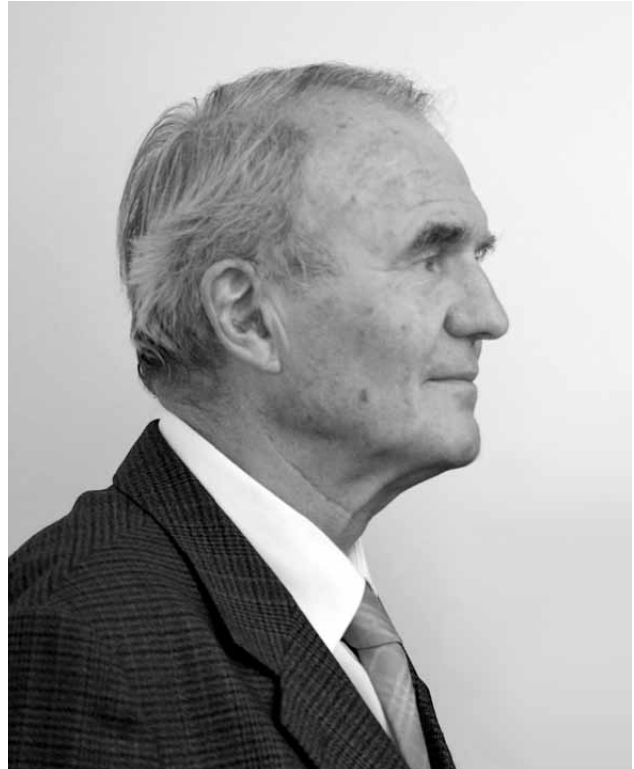
„Der Euro – Europas Schicksalsfrage?“

Wie geht es mit dem Euro weiter? Spaltet sich die Währungsunion in eine Nord-Euro- und Süd-Eurozone auf? Oder bricht sie ganz auseinander? Kehren die nationalen Währungen, wie D-Mark, französischer Franc oder griechische Drachme, zurück? Oder wird der Euro eine stabile Weltleitwährung und etabliert sich neben dem US-Dollar, dem Schweizer Franken und dem chinesischen Renminbi als Reservewährung? Dieser Fragen hat sich die Stiftung Marktwirtschaft bei einem Expertengespräch am 8. März 2013 angenommen, zu dem Wissenschaftler, Politiker, Journalisten und Vertreter der Wirtschaft eingeladen waren.

Gastgeber Dr. **Lutz Peters**, Geschäftsmann und Buchautor, heißt die Teilnehmer auf seinem großzügigen Gut Kadener in der Nähe von Hamburg herzlich willkommen und äußert die Hoffnung, dass sich mit dieser Veranstaltung eine Tradition der Kadener Gespräche etabliert. In seiner Begrüßung stellt er die These auf, dass die südeuropäischen Staaten nur dann ihre Wettbewerbsfähigkeit zurückergänzen, wenn sie den Euro verlassen und zu ihren nationalen Währungen zurückkehren. Peters zitiert Bill Gross, den Direktor des Vermögensverwalters Pimco, der Anfang 2013 prophezeite, dass die Finanzmärkte in absehbarer Zeit wie ein Stern bzw. eine Supernova explodieren und verglühen würden.

Prof. Dr. **Michael Eilfort**, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, erläutert in seiner Begrüßung das Konzept der Tagung: Man wolle in einem ausgewählten kleinen Kreis über den Tag hinaus, sozusagen entschleunigt, denken und offen diskutieren. Als Inspiration für die Veranstaltung wählt er ein Zitat von Albert Einstein: „Die Probleme, die es in der Welt gibt, sind nicht mit der gleichen Denkweise zu lösen, die sie erzeugt hat.“

Die Tagung wird kenntnisreich und unterhaltsam von **Josef Joffe** Ph.D., Herausgeber der überregionalen Wochenzeitung *Die Zeit*, moderiert. Joffe illustriert die Problemstellung anhand einer Metapher: „Wir sind vor fünfzehn Jahren in einen Zug der Währungsunion eingestiegen. Dieser Zug besteht aus zwölf unter Dampf stehenden Lokomotiven mit zwölf Lokführern, aber ohne einen Zugführer. Die Lokomotiven müssen alle zur selben Zeit mit der gleichen Geschwindigkeit in dieselbe Richtung fahren. Ansonsten brechen die Kupplungen und der Zug entgleist.“ Doch der Start der Europäischen Währungsunion sei missglückt, da eben nicht alle Mitgliedstaaten dieselbe Politik der niedrigen Defizite und Inflation betrieben hätten. Deswegen stelle sich die Frage, wie man mit veränderten Mechanismen den Zug der Währungsunion wieder zum Fahren bringen könne.



Prof. Dr. Otmar Issing

Versprochen – gebrochen? Euro-Aufbruch und Euro-Realität

Prof. Dr. Otmar Issing, ehemaliger Chefvolkswirt und Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (EZB), erinnert an die Anfänge der Währungsunion. Er habe selbst vom Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht allzuviel erwartet, weil die Jury aus potentiellen Sündern bestehe, die über aktuelle Sünder richte: „Aber ich konnte mir nicht vorstellen, dass wir zu einem Zustand gelangen, in dem weitere Verstöße gegen den Pakt nicht einmal mehr ein Achselzucken hervorrufen.“ Auch die Rechtsprechung sei keine Hilfe, wie z.B. die Argumentation des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), warum der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) keinen Verstoß gegen die No-Bail-Out-Klausel darstelle. Issing spitzt zu: „Wer auf den EuGH vertraut, um Rechtsverletzungen anzuklagen, sollte seine Hoffnung begraben.“

Grundsätzlich gebe es drei Möglichkeiten, was tatsächlich geschehen werde: Erhaltung, Verkleinerung oder Auflösung der Währungsunion. Um die Währungsunion zu erhalten, gebe es wiederum drei Varianten: „im Kern zurück zu Maastricht“, die Einrichtung einer politischen Union oder eine Politik zwischen diesen beiden Optionen, welche zurzeit praktiziert werde. In dieser letzteren Variante werde teilweise die nationale Souveränität in der Finanzpolitik aufgehoben, ohne dass demokratisch legitimierte politische Institutionen diese ersetzen, was Issing scharf kritisiert. Er präferiert dagegen die Variante „zurück zu Maastricht mit Verbesserungen“ und mahnt Vertragstreue an. Issing beantwortet die Frage, ob man den Euro retten solle oder nicht, pragmatisch: „Der Euro ist nun mal da. Deswegen sind einfache Lösungen unglaubwürdig.“

**Prof. Dr. Manfred J. M.
 Neumann**

Die EZB auf Abwegen



Bild links: Prof. Dr. Otmar Issing.

Bild rechts: Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann.

„Ich bin ein Kritiker, aber zugleich Befürworter des Euro, weil er eine Stabilitätschance in Europa schafft.“ So positioniert sich Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann, Universität Bonn und langjähriges Mitglied im Kronberger Kreis, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft. Seiner Ansicht nach wäre es besser, wenn Staaten wie Griechenland und Portugal den Euro verließen und der Euro von einer Kerngruppe ähnlich stabiler Staaten als gemeinsame Währung weitergeführt werde. Eine politische Union sei keine Lösung, weil sie die Wettbewerbsfähigkeit Europas nicht verbessere, sondern nur Ressourcen umverteile. Zu den Ausführungen seines Vorredners Issing über

die Rechtsbrüche in der EU gibt Neumann zu bedenken, es bedürfe einer gewissen Offenheit für evolutionäre Veränderungen. Möglicherweise müssten – im Rahmen eines geregelten Verfahrens – die ursprünglichen Verträge im Rahmen der europäischen Weiterentwicklung geändert werden.

Sorgen bereitet Neumann die EZB, die unter ihrem Präsidenten Jean-Claude Trichet und verstärkt unter seinem Nachfolger Mario Draghi immer mehr von einer unabhängigen unpolitischen zu einer politisch denkenden und handelnden Institution werde. Die europäische Ebene greife ein, um die wirtschafts- und finanzpolitische Verantwortung nicht den Nationalstaaten zu überlassen, denen sie die Verantwortung nicht zutraue. So nehme auch die Regulierungskompetenz der EZB in Bezug auf Banken und Finanzmärkte immer mehr zu. Diese Entwicklungen bezeichnet Neumann als gefährlich und teils falsch. Auf den Hinweis von Joffe, dass Draghis Interventionen an den Finanzmärkten aber doch erfolgreich gewirkt hätten, entgegnet Neumann: „Ich schaue nicht zum September 2012 zurück, sondern nach vorne. Und da müssen wir ihn daran hindern, so weiterzumachen und die EZB zur mächtigsten Institution auszubauen.“

Diskussion

Handelt die EZB richtig?

Issing ist im Gegensatz zu Neumann der Ansicht, dass die EZB sich nur bedingt in die politische Verantwortung gedrängt habe, sondern hineingeschoben wurde. Er betont aber auch, dass die EZB die Grenzen ihres Mandats nicht überschreiten solle. Dr. Thilo Sarrazin spricht von einem Machtvakuum. Die EZB habe sich die Macht genommen, die auf der Straße lag. Joffe beobachtet einen Trend dahingehend, dass eigentlich unpolitische Institutionen immer mehr politische Macht übernehmen, wie neben der EZB z.B. auch das Bundesverfassungsgericht.

Joffe fragt, ob die bisherige europäische Rettungspolitik nicht in Griechenland erste Erfolge zeige. So sanken die Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite ebenso wie die Lohnstückkosten. Prof. Dr. Joachim Starbatty weist demgegenüber auf den Rückgang der Kaufkraft, die seit sechs

Jahren andauernde Rezession und die hohen Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquoten hin. Neumann stellt klar: „Ich würde als Unternehmer nicht in Griechenland investieren“ und begründet seine Aussage mit dem instabilen Rechts- und Politiksystem. Peters sieht die Probleme Griechenlands und Spaniens in einer einseitigen Wirtschaftsstruktur begründet, da sich die Länder auf den Tourismus und die Bauwirtschaft konzentriert, mittlerweile aber ihre Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hätten.

Prof. Dr. Stefan Homburg ist skeptisch, was die weitere Entwicklung des Euros angeht und verweist auf die Wirtschaftsgeschichte: „Der Euro wäre die erste zwischenstaatliche Währung, die dauerhaft funktioniert. Deswegen bin ich sicher, dass die europäische Währungsunion nicht halten wird.“ Durch die „gemeinsame Kasse“ gebe es ein typisches Allmende-Problem in der Währungsunion. Der heterogene Wirtschaftsraum sei nicht das Problem, aber für eine funktionierende Währungsunion brauche man einen Zentralstaat, der auf absehbare Zeit Utopie bleibe. Entgegen der derzeitigen Austrittsdiskussion um Griechenland, Portugal etc. hätten in der Geschichte regelmäßig die wirtschaftlich starken Länder die Währungsunion verlassen. Issing vertritt dagegen die Ansicht, dass die Währungsunion nicht auseinanderbricht, wenn die Fehler der Vergangenheit bei der Reformierung der Institutionen berücksichtigt werden. Holger Steltzner entgegnet Homburg, dass es politisch ausgeschlossen sei, dass Deutschland aus dem Euro austrete. Homburg stimmt Steltzner für die unmittelbare Gegenwart zu. Wenn sich allerdings eine ernstzunehmende Protestpartei formiere und in den Bundestag einzöge, dann hält Homburg eine radikale Kehrtwende insbesondere der CDU/CSU und der FDP für wahrscheinlich, ein „Fukushima der Euro-Politik“.



Prof. Dr. Stefan Homburg

Die Euro-Rettung: Wer gewinnt, wer verliert?

In der Öffentlichkeit werde die Euro-Rettung vor allem als Verteilungskampf zwischen Staaten dargestellt. Den Kosten für Länder wie Deutschland würden Armutsbilder aus Griechenland gegenübergestellt. Prof. Dr. Stefan Homburg, Direktor des Instituts für öffentliche Finanzen an der Universität Hannover, sieht die eigentlichen Verteilungskonflikte jedoch an anderer Stelle und meint: „Politik und Finanzwirtschaft bilden eine Allianz und teilen sich die Gewinne auf Kosten der Realwirtschaft.“ Ein Beispiel sei die Regelung des auf die Große Koalition zurückgehenden § 340e Abs. 3 HGB, wonach Finanzinstitute ihre Wertpapiere zum Zeitwert bilanzieren. Bei steigenden Börsenkursen könnten nicht realisierte Gewinne gewinnwirksam verbucht und Dividenden und Boni ausgezahlt werden. Da diese „Scheingewinne“ bei der Einkommensteuer angegeben würden, profitiere auch der Staat über höhere Steuereinnahmen. Im Verlustfall springe der Steuerzahler, also die Realwirtschaft, ein.

Das Grundproblem der Krise sieht Homburg darin, dass über Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen die Real-

wirtschaft viel zu stark belastet werde. Die Sparprogramme in den Mittelmeerstaaten bestünden im Wesentlichen aus Steuererhöhungen: „Die Politik versucht aus der Realwirtschaft Überschüsse herauszuwringen und diese an die Finanzindustrie zu transferieren.“ Die dabei entstehenden Primärüberschüsse der Staatshaushalte machten das politische System aus Sicht der Bürger unattraktiv und seien auf Dauer systemgefährdend.

Laut Homburg stelle die Krise auch neue Anforderungen an das Verhalten der Finanzwirtschaft. Investoren wie George Soros oder Investmentbanken wie Goldman Sachs hätten privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungsträgern und somit einen enormen Informationsvorsprung. Auf die Nachfrage von Joffe, ob große Finanzinstitute nicht eigentlich zerschlagen werden müssten, illustriert Homburg die Bedeutung der Deutschen Bank anhand von Kennzahlen. Vor Saldierung von Derivaten betrage ihre Bilanzsumme rund das 20fache des deutschen Inlandsprodukts. Der deutsche Staat könne nicht glaubwürdig vertreten, die Deutsche Bank im Krisenfall fallenzulassen und müsse sie daher präventiv zerschlagen, wie die USA es im 20. Jahrhundert mit Standard Oil und AT&T gemacht hätten. Dasselbe gelte, wie er auf kritische Nachfragen ergänzt, für andere Großbanken, insbesondere die Landesbanken und die Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Bild links unten: *Die Zeit*-Herausgeber Josef Joffe Ph.D. moderierte die Tagung.

Bild links oben: Prof. Dr. Stefan Homburg.

Bild unten: Prof. Dr. Thorsten Polleit.



Prof. Dr. Thorsten Polleit

Staatliches Geld zerstört die Marktwirtschaft

Prof. Dr. Thorsten Polleit, Frankfurt School of Finance & Management und Chefökonom der Degussa Goldhandel GmbH, bezeichnet staatliches Geld als „Fiatgeld“ (lateinisch „es werde“). Fiatgeld ist staatliches Monopogeld: Geld, das durch Bankkreditvergabe „aus dem Nichts“ geschaffen wird, in Form von Papierscheinen bzw. Computereinträgen existiert und intrinsisch wertlos ist. Seitdem dem US-Dollar die Golddeckung 1971 entzogen wurde, seien alle wichtigen Weltwährungen Fiatgeld. Durch ihre Kreditvergabe schafften Banken einen konjunkturellen „Scheinaufschwung“. Er müsse früher oder später in einem Abschwung münden. Den Abschwung versuchten die Zentralbanken durch Zinssenkungen und Geldmengenausweitung zu „bekämpfen“. Irgendwann würden dabei die Verschuldungslasten allerdings so groß und immer weitreichendere Eingriffe in die individuellen Freiheits- und Eigentumsrechte nötig, damit das Fiatgeldsystem nicht kollabiere.

Das Fiatgeld korrumpiere die Gesellschaft dahingehend, dass immer mehr Menschen von der Finanzkraft des Staates und der Zahlungsfähigkeit des Bankenapparates abhängig und somit zu Befürwortern einer weiteren Ausweitung der Geldmenge würden. Als Ausweg aus diesem Dilemma verweist Polleit auf Friedrich August von Hayek, der das staatliche Geldmonopol durch eine Privatisierung der Geldproduktion brechen wollte. Ein Wettbewerb verschiedener privater Währungen würde erstens den Druck auf die EZB erhöhen, den Euro stabil zu halten. Zweitens würden die nationalen Regierungen angehalten, ihre Haushalte in Ordnung zu bringen. Und drittens wären die Bürger im Fall eines Scheiterns des Euros abgesichert. Polleit analysiert: „Der Euro ist ein Problem, weil er ein Fiatgeld ist. Alle angedachten Rettungsmaßnahmen werden die Probleme der Verschuldung, der Enteignung und der Inflation nicht lösen, sondern sie noch verschlimmern.“



Bild oben: Die Diskussionsrunde.

Bild rechts: Dr. Thilo Sarrazin und Prof. Dr. Joachim Starbatty (v.li.).

Diskussion

Kann die Papierwahrung Euro stabil sein?

Issing ist von Polleits Analyse nicht iberzeugt: „Die Papierwahrung ist, zumindest theoretisch, die Vervollkommnung des Geldes.“ Er habe sich lange mit von Hayek beschäftigt und sei zu dem Schluss gekommen, dass dessen Ansatz des privaten Wahrungswettbewerbs nicht funktioniere, auch weil dies im Alltag viel zu teuer sei. Homburg pflichtet ihm bei und weist auf die praktischen Probleme hin, die es bedeute, wenn jeder mit Girokonten und Bargeld in verschiedenen Währungen gleichzeitig hantiere. Diese Transaktionskosten seien „hochgradig unsozial z.B. für ältere Menschen“.

Neumann widerspricht ebenfalls energisch: „Kein ernstzunehmender Wahrungstheoretiker ist der Meinung, dass der private Wahrungswettbewerb funktionieren kann.“ Er weist auf das Verlasslichkeitsproblem hin, weil private Anbieter eine Währung ausgeben, aber kein Interesse daran hätten, diese langfristig stabil zu halten. Stattdessen bestehe der Anreiz, mit den Wahrungsgewinnen „durchzubrennen“.

Neumann sieht die Stabilität des Papiergeldes immer dann gewährleistet, wenn die Quantität der ausgegebenen Geldmenge langfristig in stabiler Relation zur Gütermenge gehalten werde.

Sarrazin pflichtet Neumann prinzipiell bei. Für eine stabile Währung gebe es laut Sarrazin zwei Möglichkeiten: zum einen eine unabhängige Notenbank, die das Geld knapp halte, zum anderen eine an Edelmetall geknüpfte Währung. Starbatty wendet ein, dass in der Vergangenheit durchaus bessere Währungen schlechte vom Markt gedrängt hätten. Ein Beispiel seien Schwarzmarkte in der DDR. Zudem kritisiert Starbatty den gebräuchlichen Inflationsbegriff in Anlehnung an den harmonisierten Verbraucherpreisindex. Denn die aufgeblahnte Geldmenge müsse sich nicht zwingend in den Preisen des verwendeten Warenkorbs niederschlagen, sie könne sich z.B. auch in gestiegenen Preisen für Immobilien oder Kunstwerke manifestieren.

Dr. Thilo Sarrazin

Scheitert der Euro, scheitert Europa ... nicht

Dr. Thilo Sarrazin, ehemaliger Berliner Finanzsenator und Bundesbank-Vorstand, stellt in seinem Vortrag klar, dass die Probleme Europas nichts mit der Währung zu tun hätten. Er vermutet, dass diejenigen, die, wie die Bundeskanzlerin, vor dem Scheitern des Euro warnen, die Angst vor den Konsequenzen bei einem Auseinanderbrechen der Währungsunion meinen. Seiner Ansicht nach liegt die Gefahr aber ganz woanders: „Das eigentliche Risiko ist, dass wir durch die mit der Währungsunion eingesetzte Automatik von Abläufen und Entscheidungen letztlich das gefährden, was unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ausmacht.“

Die französische Vorstellung bei der Einführung des Euro läge darin, sich der deutschen Stärke durch eine gemeinsame Währung zu bemächtigen und dabei über deren Politik zu entscheiden. Der französische Grundirrtum bestehe jedoch darin, dass eine starke Währung nicht die Ursache, sondern die Erscheinung einer starken Wirtschaft mit Exportüberschüssen und niedrigen Preisen sei. Der deutsche Grundirrtum bei der Währungsunion bestünde dagegen darin, dass man über technische Abläufe einen europäischen Bundesstaat erzwingen wolle, ohne dass es ein europäisches Volk gebe. Sarrazin beschreibt die aktuelle Situation in Europa als „gigantische polit-ökonomische Wette“ darauf, dass die südeuropäischen Länder ihre Wettbewerbs-



fähigkeit durch Sparen und Strukturreformen herstellen, ohne ihre Wechselkurse anzupassen. Seine düstere Prognose: „Das Ganze klappt nur, wenn alle Teilnehmerländer mehr oder weniger werden wie die Deutschen oder Holländer. Und das halte ich für unwahrscheinlich.“

Prof. Dr. Joachim Starbatty

Der Preis des Euro: Schuldengemeinschaft und Staatswirtschaft?

Das Problem der divergierenden Wettbewerbsfähigkeit steht im Zentrum der Krise Europas. Prof. Dr. Joachim Starbatty, Universität Tübingen, sieht drei Möglichkeiten, damit umzugehen: erstens die bereits diskutierte Auflösung der Währungsunion, zweitens die Beibehaltung der Währungsunion mit Transfers zwischen den Regionen und drittens „internes Sparen“ der Länder, die über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Dieser dritte Weg sei aber nicht so einfach. Da Ausgabenkürzungen und Deregulierung der Märkte unpopuläre Maßnahmen seien, weil sie spezifische Interessengruppen mit hohem Widerstandspotential betreffen, wählten viele südeuropäische Regierungen den vermeintlich einfacheren Weg der Steuererhöhung. Starbatty stellt aber klar: „Steuern zu erhöhen hat mit Reformen nichts zu tun.“ Die Folgen bestünden in einer gesunkenen Kaufkraft. Aber die dringend nötige Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit bleibe aus.

Deswegen sieht Starbatty den Weg in die europäische Schuldengemeinschaft als unausweichlich an. Er zeichnet seinen Zuhörern die erstaunliche Wandlung der deutschen Regierungsposition nach. Während die deutsche Regierung im Frühjahr 2010 noch einen Austritt Griechenlands aus der Währungsunion befürwortet habe, so wurde im Mai desselben Jahres unter deutscher Beteiligung die Einrichtung des europäischen Rettungsschirms beschlossen. Starbatty weist darauf hin, dass das Bundesverfassungsgericht der Klage gegen den Euro-Rettungsschirm, an der er mit drei anderen Professoren beteiligt war, im Grundsatz Recht gegeben habe: „Das Gericht hat gesagt, der Bundestag darf keine Verpflichtungen eingehen, die mit einem Risiko verbunden sind, das nachher nicht mehr politisch kontrolliert werden kann.“

Diskussion

Wer gewinnt und wer verliert?

Auf die Frage von Joffe, wer in der Krise gewinne und wer verliere, antwortet Issing, dass entweder alle gleichzeitig gewinnen oder verlören. Er warnt davor, die Diskussion zu sehr zu vereinfachen. Die Beispiele Portugal und Spanien zeigten, dass in der internen Anpassung der Krisenländer viel passiere: „Ob die Maßnahmen ausreichen, ob die Reformen schnell genug vonstattengehen und ob die Bevölkerung dies mitträgt, das sind noch offene Fragen.“ Zudem hält Issing es nicht für vorstellbar, dass Deutschland quasi im Alleingang mit seiner politischen Vergangenheit ein anderes Land zum Euro-Austritt brächte.

Steltzner schlägt ein theoretisches Modell für die Währungsunion vor, das aber voraussichtlich wenig politische Zustimmung fände. Angelehnt an das Europäische Wäh-

rungssystem (EWS) könnte man ein System einer Währungsschlange mit möglichem Ab- und Aufstieg zwischen drei Währungsblöcken einrichten: einem harten, einem mittleren und einem weichen Euro.

Bild unten: Roland Tichy, Holger Steltzner, Prof. Dr. Thorsten Polleit, Prof. Dr. Stefan Homburg, Josef Joffe Ph.D., Prof. Dr. Otmar Issing, Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann, Dr. Thilo Sarrazin, Prof. Dr. Joachim Starbatty und Gastgeber Dr. Lutz Peters (v.li.).

Bild rechts: Roland Tichy und Holger Steltzner (v.li.).





Holger Steltzner

Das verlorene Vertrauen

Johann Wolfgang von Goethe habe schon vor 180 Jahren die dem Papiergeld innewohnende Gefahr der Inflation erkannt. Holger Steltzner, Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, zitiert aus „Faust II“ die Szene, in der der Narr im Gespräch mit Mephisto erkennt, dass der Erwerb von Grundbesitz die logische Konsequenz aus der hohen Inflation ist. Die Flucht in Sachwerte erkenne man auch in der derzeitigen europäischen Krise, so Steltzner. Geld habe keinen eigenständigen Wert, sein Wert entstehe durch Austausch und Gebrauch. Deswegen sei Vertrauen das Wesen des Geldes. Steltzner diagnostiziert eine Vertrauenskrise: „Das Vertrauen ist verloren gegangen, zwischen den Banken und ihren Kunden, zwischen Finanz- und Realwirtschaft, zwischen Wirtschaft und Politik, zwischen Politikern und Wählern.“

Steltzner differenziert dabei zwischen dem Systemvertrauen, dem im Zuge der Wirtschafts- und Schuldenkrise angeknacksten Vertrauen in die Marktwirtschaft, und dem zugleich erodierenden Sozialvertrauen. Gesellschaftliche Milieus würden sich immer stärker gegenseitig abschnitten. Zugleich zeigten Umfragen, dass das Vertrauen in politische Institutionen, wie den Bundestag und die EZB, in den letzten Jahren massiv gesunken sei. Auch wenn die Mehrheit der Deutschen glaube, dass in der europäischen Krise das Schlimmste noch bevorstehe, „so gibt es doch keine Anzeichen dafür, dass sich die Bevölkerung von der Gemeinschaftswährung und von Europa abwendet.“

Roland Tichy

Europa und seine Währung – wie geht es weiter?

„Die Zukunft des Euro entscheidet sich darüber, ob er ein Wohlstandsmotor oder eine Armutsmaschine ist.“ Dem ist sich Roland Tichy, Chefredakteur der *Wirtschaftswoche*, sicher. Der Euro stehe unter leichtem Abwertungsdruck, von dem vor allem die deutsche Industrie profitiere. Die südeuropäischen Nachbarn fielen dagegen gegenüber Deutschland weiter zurück und so würden sich in den nächsten Jahren die wirtschaftlichen Spannungen innerhalb Europas verschärfen. Tichy legt sich fest: „Trotzdem wird der Euro nicht aufgegeben. Denn in Wirklichkeit haben wir bereits eine Transferunion als Ausdruck einer sehr weitgehenden Staatenbildung.“ Zwar sei Europa nicht mit einem zentral gelenkten Nationalstaat zu vergleichen, aber es bestünden Parallelen zum deutschen Kaiserreich im Mittelalter.

Tichy sieht den Euro als „Wohlstandsversprechen für die südeuropäischen Länder“, um ihre Konsummöglichkeiten zu vervielfachen. Im europäischen Staatenraum könnten sich die Menschen frei bewegen und dorthin gehen, wo ihr persönliches Glück am höchsten sei: „Diese Armutswanderung setzt den deutschen Sozialstaat unter enormen Druck.“ Die Alternative zu dieser Migration seien – neben der bereits diskutierten Desintegration der Eurozone – hohe Transferzahlungen zur Angleichung der Lebensverhältnisse. Die deutsche Wiedervereinigung sei zwar so bewältigt worden, aber sei dieser Prozess auch in Europa möglich? Gebe es ein europäisches Bewusstsein? Tichy verneint dies und vermutet, dass der einfache deutsche Bürger in diesem Prozess Verlierer sein werde, weil z.B. seine Lebensversicherungen und Sozialversicherungsansprüche gekürzt würden. Aber wirtschaftliche Eliten, wie z.B. Teile der Industrie, würden vom großen europäischen Markt profitieren und zählten eher zu den Gewinnern und Befürwortern der Währungsunion.

Diskussion

Wie kann der Zug der Währungsunion wieder zum Fahren gebracht werden?

Polleit macht klar, dass für ihn die größte Bedrohung nicht das Auseinanderbrechen des Euro, sondern sein Bestehenbleiben mit massiver Geldentwertung sei, verbunden mit planwirtschaftlich-sozialistischen Strukturen. Die 1920er und 1930er Jahre zeigten, dass ein Papiergeldboom über Hyperinflation früher oder später in die Depression führe. Steltzner stellt die Frage in den Raum, ob die derzeitige Politik des „muddling-through“ zu einem „Ketchuppeffekt“ bei der Inflation führe. Also zunächst schüttele man lange die Flasche, ohne dass etwas herauskomme und dann fließe das ganze Ketchup auf einmal.

Starbatty hält es nicht für ausgeschlossen, dass die Finnen ausstiegen – Motto: ‚Weg mit Schaden‘. Sogar ein Ausscheiden Frankreichs sei denkbar, weil Frankreich in der Eurozone seine internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren habe. Eine Lösung könne die Konsolidierung der Eurogruppe sein. Sarrazin vermutet, dass die nächste Weltfinanzkrise in sieben bis acht Jahren stattfindet. Der Reformwille bei den südeuropäischen Ländern sinke, dagegen steige der Druck auf Deutschland, sich stärker zu engagieren.

Auf die Frage, wie die anwesenden Wissenschaftler handeln würden, wenn sie politische Vollmachten für zwei Jahre erhielten und „Könige auf Zeit“ wären, antwortet Homburg: „Ich würde im Einvernehmen mit den ausländischen Regierungschefs die Währungsunion innerhalb von sechs Monaten auflösen.“ Neben den ökonomischen Kosten, die bei einer Weiterführung entstünden und deren Großteil erst noch anfielen, sorgt er sich um die aufflammenden Ressentiments bis hin zu Hass zwischen den Völkern. Zugleich versteht Homburg jedoch, warum die aktiven Politiker mit ihrem kurzfristigen Zeithorizont zur Politik des „muddling-through“ neigten: „Niemand will als derjenige in die Geschichtsbücher eingehen, der die Eurozone in die Luft gejagt hat.“ Neumann warnt hingegen davor, die Eurozone vollständig aufzugeben, weil zu viel historisches Kapital



zerstört würde. Er sieht es pragmatisch: „Wer raus will, soll raus gehen dürfen und es tun. Aber eine komplette Auflösung wäre politisch wie auch wirtschaftlich falsch.“

Zum Schluss bedankt sich Joffe bei allen Referenten und Zuhörern für die „die Intelligenz fördernde Diskussion“ und bei Peters für die herzliche Gastfreundschaft. Wie der Zug der Währungsunion zum schnellen und sicheren Fahren gebracht werden könne, darüber herrschte auch nach einem Tag voll engagierter Aussprache keine Einigkeit, was bei dem komplexen Thema nicht verwundert.

IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft
Dr. Susanna Hübner (V.i.S.d.P.)
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ansprechpartnerin:
Dr. Verena Mertins
mertins@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Kay Herschelmann